

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, erinnert an die Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens vor 30 Jahren: Die historische Verantwortung bleibt. Seite 1

Günther Tietjen MdB setzt sich mit der Frage "CDU/CSU und innere Sicherheit" auseinander: Dregger und Spranger sind keine Garantie für unsere Sicherheit. Seite 3

Erich Berschkeit MdB empfiehlt den Sozialdemokraten, sich ihrer bewährten Tugenden zu entsinnen: Wozu eine Wende? Seite 4

Sepp Klasen MdL berichtet von CSU-Bettelbriefen: Den Betuchten auf den Leib geschneidert. Seite 6

37. Jahrgang / 172

10. September 1982

Die historische Verantwortung bleibt

30 Jahre deutsch-israelisches Wiedergutmachungsabkommen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Heute vor 30 Jahren fand in den Morgenstunden des 10. Septembers 1952 in den Räumen des luxemburgischen Parlaments die Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens statt. Es war das erste Vertragswerk zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland.

Bundeskanzler Adenauer, der israelische Außenminister Moshe Shavett und die Vertreter der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Dr. Nahum Goldmann, unterzeichneten die Dokumente, in deren Präambel die deutsche Regierung ihre Entschlossenheit, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachung für die Greuelthaten des Naziregimes zu leisten, bekundete. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, in zwölf bis 14 Jahresraten in Form von verschiedenen Warenlieferungen insgesamt 3,45 Milliarden DM an Israel zu zahlen und ein Bundesentschädigungsgesetz für die Opfer des Naziterrors zu erlassen. 450 Millionen DM der Gesamtsumme waren an die Conference on Jewish Material Claims against Germany zu zahlen. Es ist bedauerlich, wenn hier bemerkt werden muß, daß sich die DDR bis heute mit fadenscheinigen Argumenten dagegen wehrt, mit Israel in entsprechende Verhandlungen einzutreten.

Wiedergutmachung für das, was dem jüdischen Volk zugefügt wurde, eine Wiederherstellung der Zustände vor dem Wahnsinnslauf der Nazis, kann und konnte es niemals geben. Ermordete Menschen können nicht mit Geld aufgewogen werden. Mit den Wiedergutmachungslieferungen konnte den Juden nur ein Teil des ihnen zugefügten materiellen Schadens ersetzt werden und Israel die drückenden Kosten für die Eingliederung mittelloser Einwanderer erstattet werden.

Die Unterzeichnung dieses Vertrages war nicht selbstverständlich. Es war nicht zuletzt dem persönlichen Mut Ben Gurions und der jüdischen Verhandlungsführer zu danken, daß es zur Vertragsunterzeichnung kommen konnte. Denn die



Widerstände in Israel waren erheblich. Ben Gurion konnte die Zustimmung der Knesset nur nach harten Auseinandersetzungen mit der knappen Mehrheit von 61 zu 50 Stimmen erringen.

Während das deutsche Parlament, das mit großer Mehrheit für die Verträge gestimmt hatte - die SPD-Fraktion stimmte geschlossen für das Wiedergutmachungsgesetz - Andenauers Mitteilung über die Wiedergutmachungszahlungen stehend und mit einer Minute stillen Gedenkens entgegennahm, demonstrierten in Jerusalem wütende Menschen gegen das Abkommen.

Das war nicht verwunderlich. Das in deutschem Namen angerichtete Unheil hatte einen schier unüberbrückbaren Graben zwischen Deutschen und den Überlebenden des furchterlichen Holocaust, die sich vielfach als Entwurzelte nach Israel geflüchtet hatten, aufgerissen. Eine nur zu gut verständliche eisige Mauer des Schweigens trennte Deutsche und Israelis.

Es waren Sozialdemokraten, selbst Opfer des Terrors unter Hitler in Deutschland, die sich frühzeitig und glaubwürdig für ein neues Vertrauen zwischen Deutschen und Juden, zwischen Deutschland und Israel einsetzten. So forderte Kurt Schumacher schon auf den Parteitagen der SPD von Nürnberg 1947 und Düsseldorf 1948 Schadensersatzleistungen für die materiellen Verluste der Juden. Erste Gespräche zwischen einer dreiköpfigen deutschen Parlamentarierdelegation unter Leitung von Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid und einer ebenfalls dreiköpfigen israelischen Delegation der Knesset auf der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Istanbul 1950 über die Frage, ob Israel bereit sei, in Verhandlungen über deutsche Entschädigungsleistungen an Israel einzutreten, brachten schließlich den Stein für die Verhandlungen ins Rollen.

Wenn es auch noch 15 Jahre dauerte, ehe die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen aufnahmen, so war der Abschluß des Wiedergutmachungsabkommens für die junge Bundesrepublik doch ein wichtiger Schritt, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Deutschland entstanden ist, dem man Vertrauen schenken kann.

Das Wiedergutmachungsabkommen hatte nie den Sinn, mit Milliardenbeträgen den Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, Deutschland von seiner moralischen Schuld freizukaufen. Es bietet auch keinen Anlaß, sich selbstbewußt mit Genugtuung ob der eigenen guten Werke auf die eigene Schulter zu klopfen. Die Wiedergutmachung sollte den Deutschen bei der Bewältigung des teuflischen Teils des Erbes helfen, das das Hitlerregime zu allem anderen Unglück hinterlassen hatte.

Carlo Schmid gab den bescheidenen Erwartungen, die die Deutschen hinsichtlich eines besseren Verhältnisses mit den Juden haben konnten, Ausdruck, als er in der Bundestagsdebatte anläßlich der Ratifizierung des Wiedergutmachungsvertrages die Deutschen aufforderte, "alles zu tun, was der Wiedergutmachung nationalsozialistischen



Unrechts zu dienen vermag und in Geduld und ohne zu fordern, abzuwarten, ob ihm eines Tages von den Nachfahren und Gefährten der Opfer der Barbarei, die seinen Namen geschändet hat, die Versöhnungshand gereicht wird."

Wirtschaftlich haben die Wiedergutmachungszahlungen zweifellos Israel genutzt. Israelis weisen darauf hin, daß die jährlichen zehnpromzentigen Wachstumsraten der israelischen Wirtschaft ohne diese Leistungen nicht möglich gewesen wären. Der ehemalige Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation, Professor Franz Böhm, brachte zehn Jahre nach Vertragsunterzeichnung auf den Punkt, was viele dachten, wenn er sagte: "Kein anderes Land der Welt hat die ihm zur Verfügung stehenden Gelder so wirksam ausgenutzt wie Israel."

Der Strom deutscher Waren nach Israel im Rahmen der Wiedergutmachung hat in seinem Gefolge zuguten und dauerhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik geführt.

Neben diesen Wirtschaftsbeziehungen prägen heute normale zwischenstaatliche Beziehungen, eine Vielzahl von Bindungen und Verbindungen auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft die deutsch-israelischen Beziehungen. Besonders erfreulich ist dabei der sehr intensive Jugendaustausch: Deutsche Jugendliche stellen die größte Gruppe jugendlicher Israelbesucher.

All dies sind hoffnungsvolle Anzeichen dafür, daß unserem besonderen Verhältnis zu Israel neue, frische und vielleicht unkompliziertere Triebe gewachsen sind. Für die Deutschen bleibt aber eine besondere historische Verantwortung für das Schicksal des israelischen Volkes, für die Überlebenden und die Nachkommen der Überlebenden von Hitlers Ausrottungs- und Rassenwahn. Dies müssen wir uns auch in schwierigen Lagen Israels immer wieder vor Augen führen. (-/10.9.1982/ks/ca)

+ + +



CDU/CSU und innere Sicherheit

Dregger und Spranger sind keine Garantie für die innere Sicherheit

Von Günther Tietjen MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

"Die Bundesregierung war und ist nicht in der Lage, die für den Rechtsstaat bedrohliche Entwicklung aufzuhalten...." Dieser Satz und weitere Ungeheuerlichkeiten waren Inhalt eines Antrages des CSU-Abgeordneten Spranger der Ende November 1981 die Überschrift "Gefährdung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit" trug, aber bis zum heutigen Tage nicht offizielle Bundestagsdrucksache geworden ist. Dafür gibt es seitens der Unionschristen auf Drucksache 9/1120 vom 2. Dezember 1981 den Antrag der CDU/CSU-Abgeordneten Spranger, Dregger und so weiter mit dem Titel "Wiederherstellung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit".

Dem normalen Bürger unserer Bundesrepublik Deutschland muß sich dies lesen, als ginge es in unserem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat "drunter und drüber" und natürlich daß an diesem Zustand die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition alleinige Schuld trägt.

Wäre wirklich die "Wiederherstellungsnotwendigkeit des inneren Friedens und der inneren Sicherheit" gegeben, so fragt sich der Betrachter, wo ist da die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Herren Strauß, Albrecht, Späth in ihrer Eigenschaft als Ministerpräsidenten zu sehen?

Aber es gehört zur Arbeitsweise sogenannter Politik der "christlichen" Opposition im Deutschen Bundestag, daß "Motzen, motzen..." oberste Devise der Unionsparteien unserer Volksvertreter ist.

Dieses gegen "alles und allem" sein, mag derzeit auf fruchtbaren Boden stoßen, diese obstruktive Haltung dient aber nicht dem Wohl unserer Bundesrepublik Deutschland.

Den Antragstellern wie oben ist die Frage zu stellen, ob für sie die sogenannte Spontanfestnahme von mehr als hundert jungen Bürgerinnen und Bürgern oder die Affäre des Geheimdienstlers Langemann unter anderem die "Wiederherstellung...." bedeutet.

Es wäre parlamentarisch interessant gewesen, vor den Landtagswahlen in Hessen durch den CDU-Ministerpräsidentenkandidaten im Deutschen Bundestag erläutern zu lassen, welches seine Vorstellungen zur "Wiederherstellung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit" seien. Dazu kommt es vor der Hessenwahl leider nicht.

Spranger, Dregger und Co. haben weiterhin Gelegenheit "mit Dreck zu werfen"; auf alles und jeden, der nicht ihren Auffassungen von neo-konservativen "rechtsstaatlichen" Gedanken und Handeln nachkommt.

Da der innere Friede und die innere Sicherheit in unserem Lande durch die Gesetzgebungs-, Strafverfolgungs- und Rechtsprechungsorgane gewährleistet waren und sind, bleibt nur die Mahnung eines im letzten Krieg geborenen Politikers: Herren, wie Spranger und Dregger und so weiter, sind keine Garanten für Sicherheit in unserem Lande. Vielmehr stören sie den inneren Frieden und die innere Sicherheit in unserer Bundesrepublik Deutschland,
(-/10.9.1982/ks/ca)

+ + +



Wozu eine Wende?

Die Sozialdemokraten sollten sich ihrer bewährten Tugenden entsinnen

Von Erich Berschkeit

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir Sozialdemokraten haben schwere Zeiten hinter uns. Dabei fing es so erfolgversprechend an. Am 5. Oktober 1980 erhielten die Regierungsparteien SPD und FDP den höchsten Stimmenanteil, den das sozialliberale Bündnis je erhalten hatte. Allerdings war der Zuwachs der SPD nur gering, der der FDP um so höher. Kein Wunder bei dem im Grunde genommen geringen Stimmenanteil der FDP. Vor allem aber kein Wunder, weil beide Parteien, auch die FDP, um Vertrauen geworben hatten, damit der Sozialdemokrat Helmut Schmidt Kanzler bleiben sollte. Also ein überwältigender Vertrauensbeweis der deutschen Wähler für den sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Doch siehe da. Schon bei den Verhandlungen für die Regierungserklärung zeigte sich, daß die Muskeln der FDP dermaßen geschwollen waren, oder war es der Kamm, daß sie glaubte, nur ihre Vorstellungen durchsetzen zu müssen. Das setzte sie fort beim Haushalt '81, beim berüchtigten Sommertheater '81 für den Haushalt '82.

Das Motto der Liberalen: Die Reichen schonen, den kleinen Mann belasten. Zähneknirschend wurden von Sozialdemokraten Zugeständnisse gemacht, weil wir keinen anderen Partner hatten und die Alternative heißen hätte: Lambsdorff, Strauß, Zimmermann und, am Rande, Kohl. Trotzdem gelang es uns, die schlimmsten Einschnitte im sozialen Netz abzuwenden. Ich denke hier an Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Karenztage, Arbeitslosengeld und mehr.

Der Unmut unter den Bürgern, insbesondere unter den Arbeitnehmern wuchs von Tag zu Tag gegen die Sozialdemokraten. Sehr zu Unrecht, denn die schlechte wirtschaftliche Situation mit hoher Arbeitslosigkeit zwang zum Sparen. Aber nicht, weil in der Bundesrepublik falsche Politik gemacht wurde, sondern durch die Weltwirtschaftskrise aufgrund der gewaltig gestiegenen Energiekosten in den letzten acht Jahren, diese hat andere Länder noch weitaus mehr gebeutelt und dort die Arbeitslosigkeit und die Inflation zum Teil fast doppelt so hoch werden lassen wie in der Bundesrepublik.



Statt Unmut gegenüber der FDP, die die Reichen schont, mußten wir Sozialdemokraten die Rechnung durch schlechte Landtagswahlergebnisse bezahlen.

Schon '81, aber ganz besonders 1982, zeigte sich dann, wohin ein Teil der FDP-Führung wollte.

Von der großen Wende wurde gesprochen. Hinwendung zur CDU. Schlichtweg Wählerbetrug, denn ohne Helmut Schmidt auf dem Panier wäre die FDP wohl kaum über zehn Prozent am 5. Oktober 1980 gekommen.

Was sind die Gründe? Wohl des Volkes? Ein paar Gedanken dazu. Der verehrte Alt-Bundespräsident Herr Scheel war durch die Sozialdemokraten in diesem Amt gewählt worden. Obwohl er zwei Perioden im Amt hätte bleiben können, verzichtete er nach Ablauf der ersten Periode, um in noch jungen Jahren ein sicher nicht schlecht bezahltes Rentnerleben zu führen. Warum wohl? Die CDU hatte erklärt, sie würde Herrn Carstens vorschlagen. Statt zu kämpfen, und sich zur Wahl zu stellen, verzichtete er wohl des Glaubens und der Hoffnung, daß die CDU ihm das eines Tages honorieren würde. Daher ist es wohl kein Wunder, daß gerade Herr Scheel der erste war, der laut darüber nachdachte, ob die FDP sich nicht wieder der CDU zuwenden sollte. Der gleiche Herr Scheel, der '69 das Bündnis mit der SPD betrieben hatte. Ein eigenartiger Zufall, daß Herr Carstens erklärte, er würde nicht für eine zweite Periode kandidieren. Somit war ein neuer Kandidat gesucht. Die CDU wird in dem Wahlmännnergremium möglicherweise die Mehrheit haben, so daß es kaum ein Wunder sein kann, daß Herr Scheel die FDP dazu drängt, sich der CDU zuzuwenden und einen Wählerbetrug zu verüben. Er selbst hat ja bereits seit längerem erklärt, er stehe für eine erneute Kandidatur als Bundespräsident bereit. Wohl des Volkes oder Wohl des sehr verehrten Herrn Alt-Bundespräsidenten?

Leider ist er nicht so alt und von daher hat man Verständnis, daß er noch einmal Präsident werden möchte. Aber dafür einen Wählerbetrug? Das sollten sich die FDP-Wähler und -Mitglieder dreimal überlegen. Was bleibt für uns Sozialdemokraten? Ein Pakt mit den Grünen? Nach meiner Meinung unter keinen Umständen. Ein Sammelserium von Menschen, die sich oftmals nur in einem einig sind: daß zum Teil konfuse Umweltansichten wichtiger sind als Arbeitsplätze, können keine Verbündete für Sozialdemokraten werden. Also noch schlechtere Zeiten? Doch wohl nur dann, wenn wir Sozialdemokraten uns nicht auf unsere große Tradition und alten Tugenden besinnen, die da heißen: "Einsatz für die Schwächsten, für die Arbeitnehmerschaft, Solidarität miteinander." Nicht weitere Beschäftigung mit uns selbst, sondern mit unseren Gegnern. Dann wäre es durchaus möglich, wie 1980 in Nordrhein-Westfalen, auch in der Bundesrepublik die absolute Mehrheit zu erreichen. Aber nur dann. (-/10.9.1982/va-he/ca)



Strauß macht sich Sorgen

Ein CSU-Bettelbrief ist den Betuchten auf den Leib geschneidert

Von Sepp Klasen MdL

Jetzt reicht's: Zwei Bettelbriefe von Franz Josef Strauß persönlich, dazu noch einer von der "Konservativen Aktion". Doch diese Briefe sind zugleich entlarvend. Da steht nämlich so manches drin, was der CSU-Vorsitzende in seinen öffentlichen Veranstaltungen nicht gerade dem Arbeitnehmer erzählen wird - wenn ja, dann sehr verbrämt.

Den politischen Neubeginn braucht unser Land, schreibt Strauß. Denn "die Rezepte der SPD zur Überwindung der Wirtschaftskrise pflastern den Weg in den sozialistischen Funktionärs- und Abgabenstaat". Als Beispiele dafür führt der CSU-Vorsitzende an die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer (trifft nur Höchstverdiener) und den Abbau des Splitting-Vorteils für Eheleute (davon sind nur Familieneinkommen über 8.000 Mark betroffen; bei 10.000 Mark Monatseinkommen macht dies etwa 140 Mark aus). Des weiteren beklagt Strauß die Einschränkung von Steuervorteilen: Die Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten und Geschenken als Betriebsausgaben falle weg.

Jeder, der ein kleines oder mittleres Einkommen hat, nicht nur die fünf Prozent Großverdiener in unserem Staat sollten wissen, was die tatsächlichen Sorgen des CSU-Vorsitzenden sind. Doch die CSU-Landesleitung hat diesen Bettelbrief an den Rechtsanwalt Sepp Klasen geschrieben, den Vertreter einer Berufsgruppe also, die im allgemeinen nicht gerade am Hungertuch knappert. Die Arbeitnehmer erfahren von solchen Gefühlen des CSU-Vorsitzenden nichts.

Wer mehr Geld hat, der kann auch mehr spenden, meint die CSU. Die Spendenbilanz dieser Partei beweist es. Und so bittet Strauß um "Solidarität" bei den Gutbetuchten und um "angemessene Hilfe" in Form einer Spende. Um die oben beschriebene politisch-geistige Wende einleiten zu können. Was den Schluß zuläßt, daß die CSU und die in Wahrheit von ihr betreute Klientel ihren Geist im Geldbeutel hat und ihre Politik für ihre Brieftasche macht.

In eine "Marktlücke" ist die "Konservative Aktion" vorgestoßen, wenn man ihrem Bettelbrief Glauben schenken darf. Die "etablierten" Parteien seien nämlich teil-



weise bewegungsunfähig, keine (im Brief unterstrichen) der politischen Parteien im Bundesgebiet habe bislang den Mut aufgebracht, die volle Wahrheit über das Erdgas-Röhren-Geschäft, über dieses "politisch unmoralische und wirtschaftlich unvernünftige Geschäft" voll aufzudecken.

Der Vorsitzende der "Konservativen Aktion", der Schachspieler Ludek Pachmann, beschreibt in seinem Bettelbrief auch, warum. Rücksichtnahme auf unterschiedliche Strömungen innerhalb der Parteien oder gar offene Sympathien für die roten Zaren im Kreml, das trifft wohl kaum auf die Strauß-Partei zu. Nachdem aber keine der "etablierten" Parteien entsprechend mutig ist, kann für die CSU nur der dritte Grund gelten: "Rücksichtnahmen auf Großspender in der Industrie." Na, Herr Pachmann, da wird der Herr Strauß aber seine Freude haben. Ob ihm da als Trostpflaster genügt, daß er neben Axel Springer Ende dieses Jahres auf dem Kongreß der Konservativen Jugend Deutschlands den Hauptredner machen darf?

Was Ludek Pachmann sonst noch von sich gibt, ist schlimmste Demagogie. Gegenwen und was will er doch kämpfen: gegen verblendete USA-Hasser, Grüne, Moskau-Partisanen, Aussteiger, Polit-Banditen, gegen Linkstendenzen in der evangelischen wie katholischen Kirche, aber auch gegen die "politischen Auswüchse des DGB", als da sind: "Verfälschung, schmutzige Geschäfte der Gewerkschaftsbesse, ihre Millionen-Gewinne, ihre politische Blindheit, ihr Paktieren mit Kommunisten."

Auch die "Konservative Aktion" bittet um einen kleinen Spendenbeitrag. Dafür erhält der Spender - laut Bettelbrief - eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung. Womit wohl endgültig bewiesen wäre, worüber Finanzminister Streibl die Auskunft verweigert: Die Gemeinnützigkeit der "Konservativen Aktion", die sie in Hamburg nicht erhielt, aber dann sofort nach ihrem Umzug nach München.

Man darf sicher sein, daß die "Konservative Aktion" sich als Straußsche Hilfstruppe fühlt. Daß sie sagt, was der CSU-Vorsitzende denkt, aber sich nicht zu sagen getraut. Denn, so Pachmann, er kann freier formulieren, deutlicher die Wahrheit sagen - "ohne Rücksicht auf die Bandbreite einer Volkspartei".

(-/10.9.1982/ks/oa)

+ + +

